

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.07.2008
Sitzung Nummer:	55 ( KVPA/55)
Sitzungsdauer:	15:35 - 17:06 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Jörg Hellmuth  
Vorsitzende/r

---

Gabriela Grimm  
Protokollführer/in

---

### Anwesend:

#### Vorsitz

Jörg Hellmuth

#### Mitglieder

Ralf Berlin

beratendes Mitglied

Gerhard Borstell

in Vertretung für Herrn Peller (bis 16.50 Uhr)

Wolfgang Kühnel

Günter Rettig

Waldemar Schreiber

in Vertretung für Herrn Schlaak

Eduard Stapel

Eike Trumpf

(ab 16.02 Uhr)

#### von der Verwaltung

Doraliese Möhlmann

AL Verwaltungssteuerung

Kathrin Müller

AL Jugendamt

Annemarie Theil

1. Beigeordnete

### Abwesend:

#### Mitglieder

Wolfgang Peller

Gerd Schlaak

### Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung
  - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 54. Sitzung des KVPA vom 12. Juni 2008
  - 4 Information des Landrates zum Haushalt 2008
  - 5 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen  
Vorlage: 404
  - 6 Anfragen und Hinweise
-

## Protokoll

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet 15.35 Uhr die 55. Sitzung des KVPA und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung**

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur KVPA-Sitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 20. Juni 2008,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 7 Mitglieder des KVPA anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste),
- die Tagesordnung.

### **zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 54. Sitzung des KVPA vom 12. Juni 2008**

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift; der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 54. Sitzung des KVPA vom 12. Juni 2008 fest.

### **zu TOP 4 Information des Landrates zum Haushalt 2008**

Der Landrat erklärt, dass das größte Problem der letzten Tage das der Fortsetzung des Feststellenprogramms war. Die Jugendamtsleiterin, Frau Müller, und ich waren in der vorigen Woche beim Präsidenten des Landesverwaltungsamt und hatten diesbezüglich ein Gespräch mit ihm. Wir haben erreichen können, dass diese Mittel unter Vorbehalt vom Land gezahlt werden. Offiziell haben wir diesen Zuwendungsbescheid noch nicht. Dennoch haben wir aber die Träger entsprechend informiert. Parallel dazu arbeitet hauptsächlich Frau Möhlmann an der Überarbeitung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis zum Jahre 2016. Die Zahlen lassen sich jetzt einnahmeseitig besser darstellen, als noch vor einigen Wochen und Monaten. Die Dinge, mit denen wir uns gerade beschäftigen, da lassen wir die Ergebnisse auch schon mit einfließen. Hier sei die ÖPNV-Problematik mit dem Nahverkehrsplan genannt, die sich etwas positiver gestaltet. Des weiteren haben wir den Wegfall der ALS-Problematik. Wir sind guter Dinge, dass wir Ende nächster Woche einen ersten Rohentwurf fertig bekommen vor dem Hintergrund, dass wir bzgl. der Höhe der Kreisumlage einen Kompromiss gefunden haben zwischen dem, was im März beschlossen worden ist und dem, was dem Kreistag im Mai vorgelegt wurde. Für dieses Jahr steht noch der Kreisumlagehebesatz mit 50,1. Unser Anliegen aber war, als Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes, ab nächstes Jahr die Zahl 48,0 oder 48,1. Diesen ersten Entwurf wollen wir mit dem Landesverwaltungsamt abstimmen, sodass dann nach der Sommerpause im August im Kreistag der Entwurf des Konsolidierungskonzeptes vorlegt werden kann.

Bzgl. unserer Rechtsmittel gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 24.04.2008 sowie gegen die Ersatzvornahme hat sich das Gericht noch nicht weiter geäußert. Die hierzu gefertigten Stellungnahmen sind ein bisschen hin und her gegangen. Der Mitarbeiter vom Landesverwaltungsamt sagt selbst, man lässt sich jetzt ein Stück weit Zeit. Von den zeitlichen Abläufen her war es im letzten Jahr bei dem Landkreis Quedlinburg so, dass Stellungnahmen etc. innerhalb von 3 Tagen erstellt werden mussten. Hier waren es jetzt 3 Wochen. Wir können jetzt also noch nichts näheres sagen, wie die Situation ist.

### **zu TOP 5 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen Vorlage: 404**

Der Landrat bemerkt, dass ausgehend von dem Antrag eine erste Runde in den Ausschüssen stattgefunden hat. Auch im KVPA hatte man sich zu diesem komplexen Thema zu dem einen oder anderen verständigt. Unter Federführung des Jugendhilfeausschusses ist dann durch die Jugendamtsleiterin eine Vorlage erarbeitet worden. Sie befindet sich z. Z. in den Fachausschüssen in Umläufen. Ein Teil der Ausschüsse hat sich schon damit beschäftigt, die anderen in den nächsten Tagen und Wochen. Der Jugendhilfeausschuss möchte gerne, dass im November das Ergebnis dieser Runden ihm wieder vorgelegt wird und das man sich dann mit konkreten Vorhaben oder Projekten beschäftigt. Wenn ich sage, konkrete Vorhaben und Projekte, dann denke ich, dass wir uns alle einig, dass wir erstens dieses Problem auf kommunaler kreislicher Ebene nicht grundsätzlich lösen können, sondern dass es ein bundesweites Problem ist. Zweitens, wenn wir konkrete Projekte in Angriff nehmen, können wir nicht in Größenordnungen zusätzliche finanzielle Mittel anfassen. Drittens sind wir natürlich über jede Idee, jedes Vorhaben dankbar. Das eine oder das andere haben wir ja schon angesprochen oder sind wir dabei anzuschließen bzw. sind wir mit Projektträgern im Gespräch. Z. B. haben wir vor ca. 4 Wochen die Genehmigung für ein Projekt an Schulen von der ARGE über das Programm „Aktiv zur Rente“ erhalten. Dieses Projekt wollen wir nehmen, um die Betreuung hauptsächlich der Essenversorgung in den Sekundarschulen in Angriff zu nehmen. Vor ca. 3 Wochen hatte ich ein Gespräch mit Herrn Fenn, der das Stadtsee-Projekt vorantreibt. Seitens der Stadt werden dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Herr Fenn hat für dieses Projekt mit zahlreichen sozialen Trägern schon Vorvereinbarungen geschlossen. Wir wollen konkrete Dinge da mit einbringen, wie z. B. die Betreuung alleinerziehender Muttis mit Kindern, wenn es gewollt und Bedarf vorhanden ist. Herr Fenn arbeitet insbesondere mit dem DRK zusammen, aber auch mit dem in Nachbarschaft gelegenen Berufsbildungswerk, die ja viele Einrichtungen haben, die man mit nutzen kann. Und so kann man dann Schritt für Schritt die eine oder andere Idee oder Vorhaben in Angriff nehmen und im Hinblick auf die Problematik Kinderarmut mit unterbringen.

Frau Müller äußert, dass man überlegt habe, als der entsprechende Antrag im Kreistag gestellt worden ist, wie man diese Thematik pragmatisch, bezogen auf den Landkreis Stendal, versucht anzugehen. Das wir auch im Landkreis Stendal eine Armutproblematik haben, das ist überhaupt nicht die Frage; sie ist da. Entsprechende Studien und Berichte gibt es, die jeder nachlesen kann. Insofern ist es aus unserer Sicht nicht erforderlich, neue Analysen etc. zu fertigen. Das einzige, was das Sozialamt und wir heraus gesucht haben war, um noch einmal zu unterlegen, wenn man den Armutsbereich heraus greift, den sich die meisten Leute auch zuallererst vorstellen, wenn man das Wort Armut in den Mund nimmt, ist die Frage des Geldes. Wovon reden die Leute? Arm sind Leute, die wenig Geld zum Leben zur Verfügung haben. Das reduziert man in der Regel auf die Leute, die Leistungen nach dem SGB II, XII oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Die entsprechenden Armutsstudien des Landes Sachsen-Anhalt oder der Bundesregierung sind in diesem Jahr auch mittlerweile wieder recht aktuell vor. Bundesweit gilt jedes 6. Kind als arm im fiskalischen Sinne und in Sachsen-Anhalt ist es jedes 3. Kind. Als wir uns die aktuellen Zahlen für den Landkreis Stendal angesehen haben, waren wir doch etwas erschrocken. Wir mussten feststellen, dass insgesamt jedes 2. Kind derzeit von Sozialtransferleistungen leben muss. Das ist schon eine Zahl, die man erst einmal mit einem Ausrufezeichen hinterlegen muss. Im Alter von 0 bis 3 Jahren sind es sogar 70 %. Das ist überdurchschnittlich viel. Allerdings kann man, wenn man darüber diskutiert, etwas gegen Kinderarmut zu tun, es sich nicht so einfach machen, indem man sagt, dass die finanzielle Seite geändert werden muss. Das wissen wir alle und daran können wir alle insgesamt nichts ändern. Die Rahmenbedingungen stehen weitestgehend fest. Man weiß heute aber auch, und das ist auch entsprechend unterlegt, dass Armutbedingungen vielschichtiger sind. Man spricht heute auch von der sogenannten Lebenslagenarmut. D. h., man schaut nicht nur auf das Geld, sondern schaut auch auf die gesamten Rahmenbedingungen, in denen Kinder und ihre Familien leben müssen. Und da gibt es Zusammenhänge, die man erkannt hat und die wir auch unstrittig jeden Tag erleben, das potentiell Kinder, die in wirtschaftlich armen Verhältnissen aufwachsen, auch überdurchschnittlich, nicht automatisch, von mangelnder Bildung begleitet sind, von mangelnden sozialen Rahmenbedingungen im familiären Bereich etc. Das sind Dinge, die ineinander greifen und diese Kinder im Laufe ihres Lebens auch immer weiter begleiten. Damit steigen die Chancen des Kindes, später ein eigenes selbstbestimmtes Arbeitsleben zu führen, auch nicht gerade rapide an. Wenn man darüber redet, was man tun kann, muss man sich also überlegen, wo man ansetzen kann, um die Rahmenbedingungen dieser Kinder zu verbessern. Man weiß, dass man sinnvollerweise grundsätzlich in den Bereichen Familien- und Elternbildung und im Bereich Gesundheitsförderung im weitesten Sinne etwas tun muss. Wir erleben es auch zunehmend, dass die Kinder heutzutage mit sehr schlechter Sprachentwicklung in die Schule kommen bzw. wieder zurück gestellt werden, weil die Sprachentwicklung nicht dementsprechend ist. Das sind Bereiche, die natürlich in großem Maße in der Familie ablaufen und hier auch etwas mit dem sozialen und erzieherischen Kompetenzen von Eltern zu tun haben. Also muss man logischerweise hier ansetzen, wenn man langfristig etwas ändern will. Ein Euro mehr würde somit nicht viel nützen, weil dieser Euro nicht unbedingt beim Kind ankommen würde.

Aus unserer Sicht müsste man auch grundsätzlich im weitesten Sinne über Maßnahmen des Kinderschutzes reden.

Der Jugendhilfeausschuss hat gesagt, er würde gerne erst einmal die Diskussion in den anderen Ausschüssen abwarten, um zu sehen, ob sich eine Linie der Diskussion findet und auch Ideen finden, die sich aufgreifen lassen, die man weiter entwickeln kann.

Herr Rettig kann nur an dem anknüpfen, was Frau Müller gesagt hat. Es war schon erschreckend, diese Zahlen festzustellen. Selbst wir sind bei der Antragstellung nicht davon ausgegangen, dass im Landkreis Stendal jedes zweites Kind im Alter von 0 bis 15 betroffen ist. Das liegt einfach weit über Landes- und Bundesdurchschnitt.

Das wir die finanziellen Grundlagen nicht ändern können, ist klar. Das sie ungerecht sind, ist auch klar. Das es eine Verschlechterung mit der Einführung des SGB II, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, gegeben hat, ist auch klar; das heute von 0 bis 15 alle gleich gestellt sind, finanziell unabhängig von den Bedarfen, die es gibt, Wachstum, Schule, Bildung, dass für Arbeitsmittel/Arbeitsgeräte in der Schule mehr Geld aufgewandt werden muss, als noch im Bereich Kindertagesstätte oder wenn man zu Hause ist. Das ist eine Frage, die wir nicht ändern. Aber die Auswirkungen, die diese finanzielle Not mit sich bringt, die sind ja in der sozialen Teilhabe, in der Gesundheit und in der Bildung. Und wenn man da rein guckt, dann ist die Analyse ja noch differenzierter zu gestalten. Schwerpunktmäßig betroffen sind dann Jungen und nicht Mädchen. Ein absoluter Schwerpunkt sind Alleinerziehende. Das haben wir so überhaupt nicht gesehen. Es ist noch ein Unterschied, ob eine Familie eine Bedarfsgemeinschaft darstellt oder eine Alleinerziehende bzw. ein Alleinerziehender. Es steht die Frage des Migrationshintergrundes und vieles andere mehr. Das sind Punkte, wo wir anpassen können. Der Schulausschuss müsste sich damit befassen, wie es möglich ist, den Anteil der Schulabbrecher zu senken und besonderes Augenmerk dabei auf Jungen zu lenken. Vereine und Verbände müssen hier mit heran gezogen werden. Ehrlicherweise muss ich auch sagen, dass wir zum Teil recht wenig über Vereine, Verbände, Beratungsstellen usw. wissen. Wer dort in welchem Bereich wie eingreift, wie es verzahnt ist, was hier bereits gemacht wird und was effektiver gestaltet werden kann, damit sollten sich die Ausschüsse einmal mit befassen. Im Gesundheitsbereich ist zu sagen, dass erwiesen wurde, dass dort, wo finanzielle Not ist, ungesunde Ernährungsweise ist. Wenig Sport, hat auch etwas mit wenig Geld zu tun, um in Vereinen und Verbänden aktiv zu werden. Die Auswirkung ist, dass die Kinder zu dick sind und was damit zusammenhängt. In den Wohngebieten, wo es Ballungen gibt, wie z. B. im Stadtseegebiet, müssen Angebote vorgehalten werden (Bolzplätze, Spielplätze u. ä. mehr), die kostenlos zu nutzen sind und trotzdem der körperlichen Betätigung dienen können. Das sind Dinge, über die wir uns einmal Gedanken machen müssen und die nicht viel Geld kosten müssen. Das Projekt an den Schulen bringt nur etwas, wenn dadurch eine kostengünstigere Schulspeisung heraus kommt. Ansonsten ist erst einmal keinem geholfen, wenn die über Aktiv zur Rente in der Essenausgabe arbeiten. Hiervon hat das Kind/der Jugendliche gar nichts, wenn es nicht irgend einen Synergieeffekt hat.

Der Landrat sagt zur letzten Ausführung von Herrn Rettig, der Ansatz war hier, dass einzelne Essenanbieter an uns heran getreten sind, dass sie die Preise erhöhen müssen, es sei denn, wir finden eine Lösung mit der Ausgabe etc. Daraufhin hat das Amt Anfang des Jahres einen Antrag zu „Aktiv zur Rente“ gestellt. Wir haben dann ewig nichts gehört. Mittlerweile ist es nun genehmigt worden. Wir gehen es jetzt auch an, weil es von den Konditionen her für die Betroffenen noch günstiger ist als gegenüber Kommunal-Kombi.

Herr Rettig hat den Sport angesprochen. Wie es auch laufen kann, sei beispielhaft erwähnt, dass im ost-elbischen Bereich seit Mai ein erstes Kommunal-Kombi-Projekt in den Sportvereinen fantastisch läuft. Es wurde über die Verwaltungsgemeinschaft angeschoben. In meiner Heimatgemeinde gibt es jetzt Jemanden, der die Räumlichkeiten aufschließt und organisiert, sodass nachmittags dort eine ordentliche Betreuung erfolgt. Das kommt dem Klientel, so wie Herr Rettig es beschrieben hat, am ehesten und am besten zu Gute.

Herr Rettig will nicht sagen, dass nichts stattgefunden hat. Der Jugendweihverein z. B. hat die Veranstaltung gegen das Flattrat-Saufen durchgeführt. Es ist eine große Anzahl Jugendlicher gekommen. Auch die Verwaltung war dar. Wer nicht gekommen ist, das sind die Streetworker, die Lehrer und die Eltern. Es war schon gut, dass vom Jugendamt Unterstützung da war und das die Räume kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Die Frage Drogen, Alkohol u. ä. spielte natürlich dort auch eine Rolle. Letztens habe ich in einer Studie gelesen, dass heute die 11jährigen Jungs und die 13jährigen Mädchen schon mehrfach die Woche richtig Alkohol trinken. Auch hier muss eine Menge gemacht werden. Also Ernährungsberatung und Verhalten in der Kindertagesstätte.

Herr Schreiber geht auf die Äußerung von Frau Müller ein, dass jedes 2. Kind in Armut lebt. Er möchte definiert haben, was Armut ist. Wo fängt die Armut an? Was verstehen wir darunter? Wenn er sich in seinem Bereich und in anderen Bereichen umsieht, kann er das so nicht erkennen, wie es eben dargestellt worden ist.

Herr Schreiber kritisiert, dass diejenigen, die nach Deutschland kommen, nicht der deutschen Sprache mächtig sind und auch nicht bereit sind, die deutsche Sprache zu erlernen. Sie sollen aber in die Schule und in den Kindergarten gehen. Sie können kein einziges Wort Deutsch. Es ist vorprogrammiert, was mit diesen Kindern passiert. Es ist auch erkennbar, wo letztendlich diese Kinder landen. Hier müssen wir die Dinge so sehen, wie sie sind. Und da müssen wir angreifen. Wir müssen sagen, wenn ihr hier nach Deutschland kommt, dann ist es die erste Bedingung, dass die deutsche Sprache erlernt wird, das man sich überall verständigen kann.

Frau Müller antwort, dass man immer grundsätzlich sagen wird, Deutschland ist ein reiches Land. Und wenn wir hier die Armut mit Ländern in Afrika oder in Osteuropa vergleichen, dann ist man noch lange nicht arm. Das heißt, bei uns hat jeder ein Bett und hat jeder genug zu Essen. Zumindestens sind die Rahmenbedingungen so, dass er es hätte haben können. In dem Sinne reden wir hier aber nicht. Danach geht es uns blendend. Man hat sich europaweit auf einen Vergleichsmaßstab geeinigt, wenn von Armut gesprochen wird. Man redet da von den sogen. Nettoäquivalenzeinkommen, d. h., es gibt ein durchschnittliches Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik. Und man sagt, wer weniger als 60 % von diesem durchschnittlichen Haushaltseinkommen hat, gilt fiskalisch gesehen als arm. Aber das ist noch nicht die absolute Armut, sondern die sogen. relative Armut. Es wäre nicht korrekt, sich alleine an dem reinen Geldbetrag zu orientieren, den man zur Verfügung hat. Das muss man natürlich bis zu einem gewissen Punkt tun. Und das tut man z. B. damit, indem man sagt, eine Meßlatte ist, wenn man die absolute Zahl der Leute annimmt, die tatsächlich von Leistungen nach SGB II leben. Wir wissen alle, wie hoch hier die Sätze sind. Diese Leute gelten in diesem Sinne als arm.

Das alleine ist es aber noch nicht, weil der ganze Armutsbegriff viel weiter geht. Wie jemand das letztlich erlebt und welche Lebenschancen er daraus hat, hängt auch noch von anderen Rahmenbedingungen im sozialen Bereich ab. Beispielsweise, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern bestimmte soziale Lebenswerte zu vermitteln. Das fängt bei ganz simplen Sachen an. In vielen Elternhäusern herrschen keine Regeln und werden keine Rituale gelebt. Unter Rituale ist beispielsweise das gemeinsame Frühstück oder Abendbrot gemeint oder das Kinder zu Bett gebracht werden mit einem entsprechenden Ritual. Und wenn Kinder neben der finanziellen Einschränkung, die sie haben und die es ihnen erschwert, an bestimmten Dingen im normalen Leben teilhaben zu können (z. B. an Klassenfahrten), wenn dann noch andere Faktoren dazu kommen, dass die Eltern einfach auch nicht in der Lage sind, im Erziehungsbereich ihren Kindern ein vernünftiges Grundgerüst mitzugeben, dann potenziert sich diese geldliche Armut noch viel stärker. Deshalb sagen wir, an dem Geld können wir im Moment nichts ändern. Es gibt auch viele Stimmen, die sagen, alleine beispielsweise die Erhöhung von Kindergeld würde die fiskalische Armut von Kindern nicht zwangsläufig und automatisch verbessern, weil wir alle wissen, dass bei einem Teil der Eltern dieses Geld mit großer Wahrscheinlichkeit nie bei den Kindern ankommt oder im Sinne der Kinder verwendet wird. Wir müssen sehen, dass wir die Eltern befähigen, ihren Kindern grundlegende Dinge zu vermitteln. Oft ist es so, dass sie selber Defizite haben, weil sie es selber in ihrer Kindheit in ihrem eigenen Leben auch gehabt haben. Bei einem Kind, was erlebt hat wie es ist, gemeinsam in der Familie z. B. den Abendbrottisch zu decken oder eine gemeinsame Mahlzeit einzunehmen, da wird man es später in der eigenen Familie auch tun. Dadurch hat es auch nur eine Chance, an seinem eigenen Zustand perspektivisch als Erwachsener etwas zu verändern und vielleicht aus dieser Spirale auszubrechen. Ansonsten werden diese Kinder genauso wieder groß und landen mit großer Wahrscheinlichkeit zum großen Teil in der Jugendhilfe. Man muss mit ganz kleinen Schritten, was ein sehr mühsamer Prozess ist, an dem Bildungsniveau etwas tun. Mit Bildung ist nicht nur die Schulbildung, sondern sind auch die Allgemeinbildungsbereiche gemeint, die sich auf das tägliche Leben in der Familie beispielsweise beziehen. Es ist unglaublich, mit welchen Kleinigkeiten man diese Thematik bearbeiten kann.

Herr Kühnel äußert u. a., dass in einem Vortrag gesagt worden ist, dass wir Lebewesen sind, die, wenn wir geboren werden, sich in ihrer Umgebung nicht alleine behelfen können. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen wir begleitet werden. Und da können wir staatlich versuchen, was wir wollen. Wenn die Elternhäuser dieser Erziehung nicht mehr widmen, dann werden wir diese Erscheinungen immer wieder haben. Kinderarmut ist ja nicht eine reine fiskalische Geschichte. Es wurde ja immer schon Schuleignungsprüfungen durchgeführt, auch nach der Wende. Man konnte schon früh im Kindergarten sehen, welche Kinder bei der Erziehung Defizite hatten und welche Elternhäuser nicht in der Lage sind, ihre Kinder ordentlich zu erziehen. Es ist aber eine ganz prekäre Situation zu sagen, wir müssen euch jetzt eine Entscheidungshilfe geben, sonst wird aus euren Kindern nichts, wenn man aus der eigenen Umgebung weiß, dass es überhaupt kein fiskalisches Problem ist. Selbst gut

verdienende Eltern können sich nicht mehr genügend Mühe geben, weil sie es selber nicht erlernt haben, ihr Kind zu erziehen. Das ist eine ganz prekäre Geschichte, die unsere Gesellschaft insgesamt betrifft. Ich warne immer davor, zuviel staatlich zu fordern.

Herr Stapel meint, dass Armut unterschiedlich definiert wird. Der Zusammenhang wird aber ständig nachgewiesen und wird jeden Tag durch den Fernseher gejagt. Je ärmer, desto schlechter für die Kinder. Wir haben sicher einen Fehler gemacht bei der Betitelung des Antrages „Bekämpfung der Kinderarmut“, weil wir es erstens nicht finanziell können und zweitens würde ja vieles auch nicht ankommen werden. Das ist auch alles nachgewiesen. Deshalb sollten wir auch gar nicht mehr davon reden, die Armut zu bekämpfen, sondern bestimmte Folgen dieser Armut. Sicher hat die Armut auch etwas damit zu tun, wenn Kinder ungesunder sind. Es kostet eben etwas, zum Arzt zu gehen oder Nachhilfeunterricht zu nehmen. Es kommt nicht von ungefähr, wenn Eltern den bezahlten Nachhilfeunterricht für die Kinder nicht leisten können, dass sie auch schlechtere Schulabschlüsse haben oder ein Zehntel mal weniger zum Studium gehen. Es geht also darum, nicht die Armut selber zu bekämpfen, sondern bestimmte Folgen. Und da ist erstens die Bildung, zweitens die Gesundheit und drittens die soziale Teilhabe. Und dann ist die Frage, wie viel Geld kostet das. Wenig sowieso, weil wir gar nicht viel ausgeben können. Zum anderen steht die Frage, können wir es uns rechtlich leisten, da verschiedene Sachen zu machen. Man kann natürlich sagen, für all das ist der Bund oder das Land zuständig oder man kann sagen, wir gucken jetzt mal, wie wir das hinkriegen. Sicher wird es nicht gehen, Lehrer unsererseits zu verpflichten, Nachhilfeunterricht zu geben. Aber, wenn wir wirklich etwas ändern wollen, dann muss es gelingen in diesem Kreis, genügend unbezahlten Nachhilfeunterricht zu organisieren. Und es muss natürlich gelingen, die Kinder dahin zu bekommen.

Das andere ist das mit der Gesundheit. Sport ist wichtig; das ist ja klar. Aber das reicht ja längst nicht. Die Kinder müssen regelmäßiger untersucht werden. Und dann ist die Frage, was man mit den ganzen Untersuchungsergebnissen macht. Man kann natürlich sagen, die Eltern sind verantwortlich. Aber das Ergebnis zeigt doch, dass viele ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Sie können das inzwischen auch nicht. Und was passiert dann? Wahrscheinlich sind die rechtlichen Barrieren so hoch, dass man weiter zugucken muss. Ich will das aber nicht. Ich will gerne, dass wir nach Möglichkeiten suchen, genau da einzugreifen - für wenig Geld oder am besten für gar keines.

Zur sozialen Teilhabe: Bei der Feuerwehr kostet das Kino 5 €/Kind. Das schafft eine Hartz IV-Familie und andere Arme, die es noch gibt, nicht. Es wird auch nicht mit Beratungsstellen ausreichen, wo die Leute hinkommen können, denn sie kommen ja nicht. Die Erfahrung haben wir schon gemacht. Deshalb muss man eruieren, ob wir es weiter so laufen lassen wollen oder man guckt und sagt, wir gehen auf die Leute zu. Die Hälfte der Kinder geht ohne Frühstück in die Schule. Die andere Hälfte hat kein Mittagessen. Nun kann man natürlich sagen, wir bieten es an. Die Frage ist jedoch, ist das bei uns im Landkreis überhaupt so? Wir müssten also auf die Schulen zugehen und sagen, ihr müsst mal die Kinder befragen, ob das bei uns auch so ist? Man muss heraus bekommen, wie viel Kinder morgens kein Frühstück haben. Das heißt, so und so viel muss ich einrechnen, dass ich es anbiete. Ich muss wissen, wie viel Kinder kein Mittagessen erhalten etc. Wie viel Kinder brauchen, und das müssen wir von den Lehrern erfahren, überhaupt in welchen Fächern Nachhilfeunterricht, den sie nicht bezahlen müssen. Dann können wir sehen, wie viel Ruheständler wir haben. Überall regen sich ältere Leute, darunter auch Lehrer, auf, sie hätten so wenig zu tun und haben nichts sinnvolles. Hier müsste man pensionierte Lehrer ansprechen und auch andere Personen, die helfen könnten. Für mich ist die Alternative, entweder wir lassen es so weiter laufen oder wir geben ein bisschen Geld aus, um ein großes Ehrenamt zu kreieren.

Herr Berlin bemerkt u. a. dass vielmehr Unterstützung erfolgen muss. Die Unterstützung kann sowohl in der Familie als auch außerhalb der Familie stattfinden; in der Schule, im Kindergarten, im Verein oder im Schulandheim. Man könnte dort z. B. ein kostenloses gemeinsames Frühstück für die Kinder organisieren. Jeder, der etwas hat, bringt etwas mit. Und wer nichts hat, bringt nichts mit. Das man das über eine gemeinschaftliche Beteiligung macht, dass diejenigen, die etwas zur Verfügung stellen können, anderen helfen. Damit schafft man soziales Verhalten, dass sie es erst mal lernen. Beim Mittagessen wird es vom Aufwand her schwieriger sein. Vielleicht wäre es besser, dass man statt einer Kindergelderhöhung kostenlosen Mittagessen in den Kindergärten oder Schulen durchbekommt.

Der Landrat erklärt, dass die Diskussion noch einmal eindrucksvoll gezeigt hat, wie komplex die Materie ist und dass uns der Antrag alle noch einmal sensibilisiert hat, aus einem gewissen Trott herauszukommen. Es sind auch konkrete Projekte und Vorhaben schon angesprochen worden, die mit relativ wenig Aufwand weiter verfolgt bzw. noch weiterhin verallgemeinert werden können. Die Diskussion in den Fachausschüssen soll jetzt erst ein-

mal weitergehen. Das fachliche muss auf alle Fälle federführend vom Jugendhilfeausschuss erarbeitet werden. Danach sollte man im KVPA das eine oder das andere vom Verfahren her abstimmen.

**zu TOP 6 Anfragen und Hinweise**

Es bestehen keine Anfragen und Hinweise.